

Konflikte und Chancen des ökologischen Wohnens*

Dr. Norbert Gestring, geb. 1958 in Bünde/Westfalen, Studium der Sozialwissenschaften in Göttingen und Bremen; von 1989 bis 1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Zentralen Wissenschaftlichen Einrichtung „Arbeit und Region“ der Universität Bremen, ist seit 1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe Stadtforschung, Universität Oldenburg.

Hans-Norbert Mayer, geb. 1958 in Kassel, Studium der Geographie, Soziologie und Raumplanung in Erlangen und Oldenburg, Dipl.-Ing., 1985 bis 1992 freiberufliche Tätigkeit in der Stadt- und Regionalplanung, ist seit 1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe Stadtforschung, Universität Oldenburg.

Prof. Dr. Walter Siebel, geb. 1938 in Bonn, Maschinenbaustudium in Aachen und Bonn, Studium der Soziologie in Köln, New York und Frankfurt/M., von 1972 bis 1974 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Wohnen und Umwelt in Darmstadt, lehrt seit 1975 Soziologie an der Universität Oldenburg. Von 1989 bis 1995 war er wissenschaftlicher Direktor der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park.

Zur Lösung der ökologischen Probleme müssen nicht nur die Produktionsstrukturen und -verfahren der Industrie, der Landwirtschaft, des Energiesektors und des Verkehrswesens grundlegend verändert werden. Auch die in Westeuropa und Nordamerika dominierende urbane Lebensweise wird durch die ökologische Krise in Frage gestellt. Der Konsum, das Verkehrsverhalten und die Wohnweise der privaten Haushalte sind in diesen Ländern mit einem so hohen Ressourcenverbrauch und einer so großen Hinterlassenschaft von Abfall und Schadstoffen verbunden, daß eine Verallgemeinerung dieser Lebensweise nur möglich wäre, wenn der Menschheit weitere Planeten des Typs Erde zur Verfügung stünden.¹ Und wie für den Konsum und den Verkehr gilt auch für den Wohnbereich, daß mit den „alten“ Lösungen, dem Einsatz von Geld und Technik, allein die weitreichenden ökologischen Ziele, wie

* Dieser Beitrag aktualisiert Argumentationen, die wir bereits an anderer Stelle entwickelt haben (vgl. Norbert Gestring/Hans-Norbert Mayer/Walter Siebel. Die Zumutungen der Ökologie. Ansätze des ökologischen Bauens und Wohnens, in: Wechselwirkungen, H. 66/1994, S. 23-27; Walter Siebel/Norbert Gestring/ Hans-Norbert Mayer. Was ist sozial an der Ökologie?, in: Ernst-Hasso Ritter (Hrsg.), Stadtökologie. Zeitschrift für Angewandte Umweltforschung. Sonderband 6,1995, S. 33-46). Er ist im Zusammenhang mit einer empirischen Studie über ökologisches Wohnen entstanden. Das Forschungsprojekt wurde von der Arbeitsgruppe Stadtforschung der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg gemeinsam mit dem Soziologischen Forschungsinstitut der Universität Göttingen, wo Hartwig Heine, Rüdiger Mautz und Michael Schumann an dem Projekt beteiligt sind, durchgeführt. Es wurde im Rahmen der „Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftliche Technikforschung Niedersachsen“ von der VW-Stiftung finanziert.

¹ Wolfgang Sachs *Globale Umweltpolitik im Schatten des Entwicklungsdenkens*, in: ders. (Hrsg.), *Der Planet als Planet. Über Widersprüche globaler Umweltpolitik*, Basel/Berlin/Boston 1994, S. 20.

sie zuletzt in der Studie zur nachhaltigen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland formuliert wurden,² nicht erreicht werden können. Dazu sind Verhaltensänderungen von Bewohnerinnen und Bewohnern in ihrem Wohnalltag notwendig. Ökologisches Wohnen, so unsere These, ist mit Verhaltensanforderungen verbunden, die sich nicht ohne weiteres in die Lebensweise des urbanen Konsumentenhaushalts, der von Arbeit und Verbindlichkeiten weitgehend entlastet ist, integrieren lassen. Anhand der drei dominierenden Ansätze der Stadtökologie werden wir diskutieren, welche Konflikte auftreten können zwischen den Verhaltensanforderungen ökologischen Wohnens auf der einen Seite und zentralen politischen Werten und Emanzipationshoffnungen, die sich mit der urbanen Lebensweise der Konsumentenhaushalte verknüpft haben, auf der anderen Seite.

Der Stellenwert von Verhaltensänderungen für eine effektive Umweltentlastung ist in der Diskussion über das ökologische Bauen umstritten. Spricht man mit Architekten, Planern und anderen auf diesem Gebiet Engagierten, trifft man auf ganz unterschiedliche Vorstellungen davon, wo der Schwerpunkt des ökologischen Stadtumbaus liegen sollte und auf welche Weise er durchgesetzt werden kann. In dieser Diskussion kristallisieren sich drei prinzipiell unterscheidbare Positionen heraus, die wir als sozialen, technischen und städtebaulichen Ansatz bezeichnen. Es handelt sich dabei um verschiedene Argumentationsstränge, die jeweils einen zentralen Einflußfaktor in den Mittelpunkt stellen und sich sowohl hinsichtlich der Problemdefinition und der Durchsetzungschancen als auch der Verhaltenskonsequenzen unterscheiden: Der soziale Ansatz stellt den Wandel der Lebensweise der Stadtbewohnerinnen und -bewohner in den Vordergrund; der technische Ansatz konzentriert sich auf die Veränderung der Stadt- und Haustechnik; der städtebauliche Ansatz setzt auf die Reorganisation der Siedlungsstrukturen.

Der soziale Ansatz: Ökologisch wohnen heißt ökologisch leben

Diese Strategie setzt ganz auf die Verhaltensänderungen von Bewohnerinnen und Bewohnern. Ökologisches Wohnen läßt sich nach dieser Problemdefinition keineswegs auf den Einbau von Techniken reduzieren, sondern erfordert eine Umorientierung der ganzen Lebensweise, in und außerhalb der Wohnung. Motor der Erneuerung wäre demnach ein gesellschaftlicher Wertewandel, in dem die Ökologie eine tragende Rolle spielt.³

Die Frage, welche ökologischen Maßnahmen berücksichtigt werden, wird vom sozialen Ansatz nicht nach dem Kriterium der Sozialverträglichkeit entschieden, sondern nach ihren Effekten zur Entlastung der Umwelt. Verhaltensanforderungen, mit denen sich Bewohnerinnen und Bewohner durch ökologische Techniken und Maßnahmen konfrontiert sehen, werden

2 BUND/Misereor (Hrsg.), *Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*. Basel/Berlin/Boston 1996, S. 80.

3 Vgl. Ekhart Hahn, *Ökologischer Stadtumbau: Konzeptionelle Grundlegung*. Frankfurt/Bern/New York/Paris 1992, S. 98 f.

kaum unter dem Aspekt der Zumutbarkeit problematisiert. Vielmehr werden die positiven Seiten, die Gewinne ökologischen Wohnens betont, wobei zum einen an das verbreitete Bedürfnis nach einer giftfreien Wohnung und einem für Kinder gefahrlosen, naturnahen Wohnumfeld angeknüpft werden kann, zum anderen an das Bedürfnis, entsprechend der ökologischen Einsicht zu handeln, was häufig mit der Suche nach neuen Nachbarschaften oder gemeinschaftlichen Wohnformen verbunden ist. Zu den Gewinnen einer ökologischen Lebensweise zählen aus der Sicht des sozialen Ansatzes also nicht nur Naturerlebnisse und Gesundheit, sondern auch soziale Kontakte, eigenverantwortliches Handeln und kreative Freizeitgestaltung, kurz: Ökologisches Wohnen kann Baustein zur Selbstverwirklichung werden.

Die Adressaten zur Durchsetzung des ökologischen Bauens und Wohnens sind beim sozialen Ansatz die Individuen. Im Gegensatz zu den anderen Strategien kann der soziale Ansatz als eine Strategie von unten beschrieben werden. Auch die Verfechter dieser Strategie fordern verbesserte Rahmenbedingungen für das ökologische Bauen, die durch den Staat oder die Kommunen über eine Novellierung von Bauvorschriften, Förderung ökologischer Techniken durch finanzielle Unterstützung oder erleichterte Genehmigungsverfahren erreicht werden könnten. Entscheidend bleibt aber das Verhalten und damit die Lebensweise der Bewohnerinnen und Bewohner selbst. Diese könnten gewonnen werden, wenn ihnen die Attraktivität ökologischen Wohnens vor Augen geführt werde. Ökologische Wohnprojekte haben nach dieser Argumentation Vorbildfunktion für Außenstehende.

Die Stärke des sozialen Ansatzes, die Einsicht nämlich, daß ökologisches Wohnen im Kern eine Frage der Lebensweise ist, ist gleichzeitig die Achillesferse dieser Strategie. Was manchen als Baustein zur Selbstverwirklichung gelten mag, kann für andere als zusätzliche Belastung, als lästige Verpflichtung oder gar als Eingriff in die individuelle Autonomie der Privatsphäre empfunden werden. Die Handhabung eines Mülltrennsystems, die Wartung einer gemeinschaftlichen Pflanzenkläranlage, der Verzicht auf Chemie im Haushalt und im Garten, all das verlangt Mehrarbeit, Wissen und Selbstdisziplin. Diese Verhaltensanforderungen ökologischen Wohnens können zum einen mit den Interessen der Frauen auf Befreiung von der Hausarbeit zugunsten beruflicher Arbeit und selbstbestimmter Tätigkeiten in der Freizeit in Widerspruch geraten. Angesichts der üblichen Arbeitsteilung im Haushalt ist es nicht unwahrscheinlich, daß die ökologisch begründete Mehrarbeit in der Wohnung der Frau aufgebürdet wird.⁴ Zum anderen können diese Verhaltensanforderungen in Konflikt geraten zu den zentralen Versprechen der Urbanisierung auf Entlastung von Arbeit und Verpflichtungen. Mit dem Müllschlucker, dem Strom aus der Steckdose, dem fließenden warmen Wasser, dem Altenpflegeheim und dem Anrufbeantworter, mit dieser technischen und sozialen Versorgungsapparatur Stadt verbindet sich auch die alte

⁴ Vgl. Silke Schwartau-Schuldt. Private Haushalte im „Öko-Streß“, in: Sylvia Grabe (Hrsg.), Private Haushalte im Spannungsfeld von Ökologie und Ökonomie. Frankfurt/New York 1993. S. 87-92.

emanzipatorische Hoffnung auf ein Reich der Freiheit jenseits des Reichs der Notwendigkeit. Das sorgfältige Auseinanderfieseln verschiedener Müllsorten, die Pflege der Mietergärten, die Teilnahme an der Selbstverwaltung, die Planungspartizipation und die Selbsthilfe bei der Modernisierung, all das sind sicherlich Schritte, um sich seine Stadt zu eigen zu machen und damit zur Heimat. Aber es gibt auch das Gegenbild, die Stadt als Garant von Anonymität, als Maschine zur Entlastung von Arbeit und Verantwortung, als Ort, wo man die Unabhängigkeit von Natur, Nachbarn und Verwandten leben kann. Und gemessen an diesem durchaus auch befreienden Gehalt von Urbanität können Demokratisierung, Aneignung und Ökologie als Zumutung empfunden werden.

Der soziale Ansatz hebt die Gewinne hervor und blendet die Mühen des ökologischen Wohnens aus. So aber kann er den widersprüchlichen Anforderungen an eine Stadt - Heimat und Maschine zugleich zu sein - kaum gerecht werden. Deshalb ist das ökologische Wohnen, wie es vom sozialen Ansatz propagiert wird, nur für eine Minderheit attraktiv, so daß die Hoffnung auf eine Verbreiterung des ökologischen Wohnens über die Vorzeigeprojekte einer hochmotivierten Avantgarde der ökologischen Lebensreform wahrscheinlich trügt.

Der technische Ansatz: Veränderung der Häuser, nicht der Menschen

Der technische Ansatz versucht, die ökologische Erneuerung in erster Linie über die technische Optimierung des Wohnungsbaus zu erreichen. Eine fortentwickelte Stadt- und Haustechnik soll den verschwenderischen Umgang mit Ressourcen und die Belastung der Natur spürbar eindämmen, aber ohne daß Bewohnerinnen und Bewohner ihr Verhalten ändern oder gar Komforteinbußen hinnehmen müßten. Die Innovation zielt auf den Produktionsprozeß beim Bauen, die Akteure des ökologischen Umbaus sind die Profis des Bauens: Architekten, Ingenieure und Forscher.

Die technisch orientierte Strategie konzentriert sich auf diejenigen ökologischen Handlungsfelder, die durch Aus- und Umrüstung von Gebäuden beeinflussbar sind. Im Mittelpunkt stehen deshalb Maßnahmen zur Energieeinsparung wie verbesserte Wärmedämmung, passive Sonnenenergienutzung, sparsame Heizungsanlagen, Abwärmennutzung und automatische Lüftungssysteme, Warmwasseraufbereitung mit Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen. Vorbilder sind dabei etwa die schwedischen Niedrigenergiehäuser, geforscht wird schon in Richtung Nullenergiehaus. Der technische Ansatz setzt auf die Anwendbarkeit moderner ökologischer Techniken auf breiter Ebene, also nicht nur beim Neubau von Einfamilienhäusern, sondern auch beim Mietwohnungsbau und bei der Bestandssanierung. Die Umsetzungschancen erscheinen realistisch aufgrund des Standes der Technik, der geringen Akzeptanzprobleme und der vorhandenen politisch-administrativen Instrumente.

Hier wird nicht auf Einsicht und die freiwillige Verhaltensänderung gesetzt, denn Verhaltensanforderungen an Bewohner und Bewohnerinnen und damit mögliche Widerstände sollen gerade vermieden werden. Das geschieht entweder durch die Beschränkung auf die weniger verhaltensrelevanten Techniken und Maßnahmen (Einbau von Wärmedämmung, Heizungsanlagen u. ä.) oder durch die Einführung „intelligenterer“ Lösungen, die unabhängig von Verhaltensänderungen funktionieren (z. B. automatische Lüftung). Eine solche Vorgehensweise erscheint auch deshalb pragmatischer, weil sie vergleichsweise leichter politisch steuerbar ist. Die Verwendung von bestimmten Baustoffen und standardisierten Techniken läßt sich durch die klassischen Steuerungsmedien der Politik, also durch Recht und Geld, direkt beeinflussen. Förderbestimmungen, Verbote und Gebote können gegenüber dem Produktionsprozeß regulierend wirken.

Mit dem technischen Ansatz verbinden sich Hoffnungen auf eine schnelle und wirksame Umweltentlastung, die politisch eher einfach durchzusetzen und gleichzeitig ohne Verhaltensänderungen erreichbar ist. Diese Hoffnungen scheinen aber wenig realistisch zu sein, denn zum einen ist die notwendige technische Um- und Ausrüstung von Häusern teuer. Indem finanzielle Ressourcen der Gesellschaft in Richtung Ökologie umgesteuert werden sollen, ist die politische Durchsetzung auf ein verbreitetes ökologisches Bewußtsein über die Notwendigkeit solcher Maßnahmen angewiesen. Zum anderen ist der Versuch, sich auf verhaltensneutrale Techniken zu beschränken, entweder illusionär oder er führt zu einer Begrenzung der ökologischen Effekte. Eine politische Strategie von oben arbeitet immer in einem bestimmten Maße mit Zwang, und das gilt hier nicht nur in ökonomischer und administrativer Hinsicht. In seiner Konsequenz verändert auch der technische Ansatz den Wohnalltag, und zwar durch Reglementierung. Je perfekter die technischen Lösungen, desto restriktiver werden die Vorgaben für die Wohnweise. Zwar werden Verhaltensänderungen nicht propagiert, aber durch Einschränkung von Handlungsalternativen - beispielsweise bei der zonierten Grundrißgestaltung oder automatischen Lüftungssystemen - faktisch erzwungen.

Auch die ökologische Effektivität des technischen Ansatzes steht in Frage. Da viele Maßnahmen, die eine aktive Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner erfordern würden, von vornherein ausgespart bleiben, scheinen die ökologischen Effekte beim einzelnen Objekt vergleichsweise gering zu sein. Die Beschränkung auf das allein durch Technik Erreichbare reduziert zwangsläufig die Reichweite eines ökologischen Umbaus. Außerdem steht und fällt der ökologische Effekt des Technikeinsatzes eben doch mit dem komplementären Verhalten der Bewohnerinnen und Bewohner. Es erweist sich als Illusion, die Haustechnik unabhängig von der Mitwirkungsfähigkeit und -bereitschaft der Hausbewohner gestalten zu wollen. Umweltbewußtes Verhalten kann nicht nur den Wirkungsgrad der ökologischen Technik erhöhen, sondern im umgekehrten Fall kann falsches Handeln auch ihren Erfolg

zunichte machen. Diese „Sabotageanfälligkeit“ ökologischer Maßnahmen gilt für den als Wohnraum genutzten, mitbeheizten Wintergarten ebenso wie für das gutgedämmte Haus, das in der Heizperiode übers Kippfenster dauergelüftet wird. Damit trifft der technische Ansatz auf ähnliche Widersprüche wie der soziale.

Und es spricht einiges dafür, daß die umweltverträgliche und energiesparende Ausstattung eines Gebäudes zu einem ungehemmteren Verbrauchsverhalten verleiten kann. Die teure Ausrüstung hat immer auch eine Entlastungsfunktion für das schlechte Gewissen, um die anspruchsvollen Wohnbedürfnisse im Häuschen im Grünen um so ungenierter ausleben zu können. Einer der schwerwiegendsten Einwände gegen den technischen Ansatz lautet deshalb, daß die ökologischen Techniken so, wie sie in heutigen Ökohäusern und -Siedlungen eingesetzt werden, nämlich als Zusatzinstallationen zum üblichen Wohnstandard, vielleicht eine ähnliche Wirkung erzielen wie der Katalysator beim Auto: als alleinige Handlungsmaxime verbauen sie letztlich den Weg zu grundsätzlicheren Lösungen der Umweltprobleme, weil sie eine falsche Lebens- und Siedlungsweise stabilisieren.

Der städtebauliche Ansatz: Umkehr der Stadtentwicklung

Der städtebauliche Ansatz legt sein Hauptaugenmerk auf die Siedlungsstruktur und damit auf die Themen Standort und Flächenverbrauch des Wohnens.⁵ Im Zentrum der Kritik steht die Suburbanisierung. Wohnen im Grünen ist demnach kein ökologisches Wohnen, nicht nur weil das Einfamilienhaus ein Flächenfresser und eine Energieschleuder ist, sondern auch wegen des Verkehrs, den die dadurch entstandenen Siedlungsstrukturen erzeugen. Der städtebauliche Ansatz betont die ökologische Rationalität großstädtischer Siedlungsstrukturen. Ausgangspunkt der Überlegungen ist nicht die Sinnhaftigkeit einzelner ökologischer Maßnahmen und die Ausstattung einzelner Objekte, sondern der Umbau der Stadt als Ganzes. Als ökologischer Maßstab werden städtebauliche Prinzipien angelegt wie Nutzungsmischung, Verdichtung im Bestand, kosten- und flächensparendes Bauen, flexible Nutzbarkeit von Wohngebäuden. Die ökologische Stadt der Zukunft ist demnach eine dichte, hochkomplexe Stadt, die Wege minimiert, Nutzungsansprüche neu verteilt, der Flächenexpansion ein Ende macht und die Ver- und Entsorgung rationell organisiert. Der ökologische Umbau der Stadt wäre also eine Aufgabe, die vor allem die Zuständigkeitsbereiche der Städte und Gemeinden und deren Planungshoheit betrifft. Darüber hinaus wirft der städtebauliche Ansatz aber Themen auf, die der Aufgabe eine gesellschaftspolitische Dimension geben. Indem er die Frage nach der Organisation von Flächennutzungen und damit auch nach der Verteilung von Flächen stellt, zielt er auf den Kern politischer und sozialer Konflikte in der Stadt. Die Umsetzung der städtebaulichen Strategie ist ohne erhebliche politische Widerstände kaum denkbar, da sie auf der einen Seite in Konflikte mit sub-

⁵ Vgl. Dieter Hoffmann-Axthelm, Die dritte Stadt. Frankfurt/M. 1993.

jektiven Wertorientierungen geriete und auf der anderen Seite im Widerspruch zu handfesten ökonomischen Interessen steht.

Ein Faktor des Flächenverbrauchs ist der wachsende individuelle Verbrauch von Wohnfläche. Der Anstieg auf durchschnittlich 37 qm pro Kopf der Bevölkerung in der alten Bundesrepublik hat vor allem zwei Ursachen. Die erste ist die Tendenz der Individualisierung, die sich u. a. im Trend zu immer kleineren Haushalten zeigt. Die zweite hängt mit der spezifischen Art und Weise zusammen, wie in unserer Gesellschaft Bedürfnisse befriedigt werden, nämlich durch den individuellen Kauf und den privaten Konsum von Waren und Dienstleistungen. Beide gesellschaftlichen Entwicklungen, die Individualisierung der Lebensführung und die Privatisierung der Bedürfnisbefriedigung, stehen einer ökologisch sinnvollen Förderung von Wohn- und Hausgemeinschaften und einer flächensparenden Organisation von Wohnfunktionen in Gemeindefeinrichtungen entgegen. Aber der städtebauliche Ansatz kämpft hier eben nicht nur gegen hedonistischen Konsumismus und großstädtische Vereinzelung. Er läuft Gefahr, in Konflikt zu geraten mit den durchaus emanzipativen Hoffnungen der Individuen auf Autonomie und Selbstentfaltung, die die Trends der Individualisierung und Privatisierung tragen.

Über das Ausmaß, in dem sich der steigende Wohnflächenverbrauch im Verbrauch von Landschafts- und Freiflächen niederschlägt, entscheidet die Bebauungsdichte. Als beliebteste Wohnform in der Bundesrepublik hat das Einfamilienhaus, besonders das freistehende, die Suburbanisierung getragen, die inzwischen längst auch in entlegene ländliche Regionen vorgedrungen ist. Eine restriktive Flächenpolitik, die nur noch verdichtete Bauformen im Wohnungsbau zulassen würde, stieße auf den Widerstand derjenigen sozialen Gruppen, die in ihrer spezifischen Lebenslage und mit dem entsprechenden Einkommen sich den Traum vom Einfamilienhaus verwirklichen wollen. Dieser Traum hat unter den gegenwärtigen Lebensbedingungen in den Städten für Familien mit kleinen Kindern einsehbar Gründe. Aber eine ökologische Stadtpolitik verstieße nicht nur gegen diese in einer bestimmten Lebenssituation hochplausiblen Wohnwünsche, sondern auch gegen die Phantasien von Unabhängigkeit, Aneignung und Identifikation, die sich für viele mit dem Eigenheim verbinden.

Eine weitere Umsetzungsschwierigkeit für den städtebaulichen Ansatz liegt im Wohnungsmarkt. Die sozialen Konflikte in den Städten, die aus Zuwanderung, Nutzungskonkurrenzen und ungleicher Verteilung resultierten, wurden bislang nicht zuletzt durch das Wachstum der Städte in die Fläche politisch entschärft: Das betrifft den Auszug der Mittelschichten ins Umland wie den sozialen Wohnungsbau am Stadtrand. Eine ökologische Strategie, die zur Begrenzung des Flächenverbrauchs das Neubauvolumen beschränken würde, hätte unter den gegebenen Bedingungen gleich in dreifacher Hinsicht negative Verteilungswirkungen. Sie würde erstens dem legitimen Anspruch der unteren Einkommensschichten auf Verbesserung ihrer

Wohnsituation eine Absage erteilen und ihre ungenügende Versorgung mit Wohnraum auf Dauer zementieren. Zweitens müßte sich angesichts weiterer Zuwanderung die Wohnungsversorgung auf dem engsten Marktsegment, dem der preisgünstigen Mietwohnungen, absolut verschlechtern. Und drittens würde sich die kaufkräftige Nachfrage der einkommensstarken Haushalte nach mehr Wohnfläche auf den Wohnungsbestand konzentrieren, wodurch die sozialen Verdrängungseffekte in bestimmten Stadtvierteln noch verstärkt würden. Eine konsequente Flächenpolitik träfe so in erster Linie die Schwächsten der Gesellschaft. Es kann aber nicht der Sinn des ökologischen Stadtumbaus sein, die Umweltprobleme auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit zu lösen. Alle anderen Lösungen, die in Richtung Neuverteilung von Nutzungen, Umverteilung von Flächen, Nachverdichtung von Wohngebieten oder gar Wohnungszwangswirtschaft gehen müßten, geraten dagegen in Konflikt mit wirtschaftlichen Interessen und der privaten Verfügung über Grund und Boden. Der Widerstand gegen eine Umsetzung des städtebaulichen Ansatzes würde sich damit aus verschiedenen Quellen speisen können.

Gibt es Auswege?

Ohne Zweifel wäre eine Kombination des sozialen, technischen und städtebaulichen Ansatzes das beste. Eine veränderte Lebensweise, eine optimierte Haustechnik und eine verdichtete Siedlungsstruktur sind die zentralen, unerläßlichen Elemente eines ökologischen Stadtumbaus. Vergegenwärtigt man sich aber die verschiedenen Konfliktebenen, die mit den drei Strategien verbunden sind, wird es nicht verwundern, wenn mehr Fragen offen bleiben als Antworten gegeben werden können. Angesichts der Dringlichkeit des Problems kann auf den einen Königsweg nicht gewartet werden, es müssen alle denkbaren Lösungswege versucht werden.

Ein erster Schritt zum ökologischen Umbau der Städte ist, sich Klarheit zu schaffen über die Gründe für die geringe Bereitschaft der Menschen, die ökologische Stadt zur Sache ihres Wohnalltags zu machen. Sie ist eben nicht mit schlichter Ignoranz zu erklären. Das Projekt des ökologischen Stadtumbaus wird nur erfolgreich sein, wenn es für eine große Mehrheit erstrebenswert erscheint. Eine solche Chance gibt es, wenn es gelingt, die Durchsetzung des ökologischen Stadtumbaus mit der Durchsetzung politischer Ziele wie Frauenemanzipation und soziale Gerechtigkeit ebenso zu verbinden wie mit den emanzipatorischen Gehalten urbaner Lebensweise. Dabei gibt es durchaus Orientierungen und Wünsche, an die der ökologische Stadtumbau positiv anknüpfen kann: der Wunsch nach Heimat, die traditionellen Wohnbedürfnisse nach einer gesunden Umwelt, nach Aneignung der Wohnumwelt und nach sozialen Kontakten in der Nachbarschaft. Gleichzeitig aber müssen Wege gefunden werden, wie diese Bedürfnisse, die seit Jahrzehnten in die Einfamilienhäuser am Stadtrand geführt haben, in einer Stadt befriedigt werden können.

Als zweites ist einmal mehr eine Änderung der Rahmenbedingungen einzufordern. Rechts- und Steuersystem müssen andere Orientierungsdaten setzen für die tagtäglichen Entscheidungen der Unternehmen und der privaten Haushalte. Das Feld der Gebote und Verbote allein im Baurecht ist längst nicht ausgeschöpft. Preise können zwar nicht die ökologische Wahrheit sagen, aber die ökologischen Kosten müssen in die Preise eingehen, z. B. indem der Ressourcenverbrauch anstelle des Arbeitseinsatzes zur Steuerquelle gemacht wird. Negative Rückkopplungssysteme wie das duale System, bei dem die einen an der Produktion der Verpackungen verdienen und die anderen an deren Beseitigung und beide von den Konsumenten mit jährlich 200 DM pro Haushalt finanziert werden, ohne daß die Konsumenten außer zusätzlicher Sortierarbeit viel Einfluß darauf hätten, müssen vermieden werden.

Drittens müssen die Chancen, Lernprozesse in Gang zu setzen und zu unterstützen, forciert werden. Das Lernen von Verhaltensänderungen ist innovatives Lernen. Es ist daher nicht so einfach zu organisieren wie die quantitative Erweiterung prinzipiell vertrauter Wissensbestände. Deshalb reichen Flugblätter, Broschüren, Informationsabende und wohlwollende Medienberichterstattung - so wichtig diese sind - nicht aus. Auch die Versuche, den ökologischen Umbau dadurch akzeptabler zu machen, daß man ihn mit simultanen Problemlösungen auflädt, also ihn z. B. als Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit ausgibt, ist eine nur begrenzt wirksame Strategie. Auch das Schema von Lohn und Strafe versagt schnell. Ein präventives Lernen, das verinnerlichte Verhaltensweisen ändert, damit es beim Klima, dem Hochwasser und dem Flächenverbrauch nicht schlimmer wird, verlangt viel ohne große Belohnungen: Der Mensch muß sich ändern, damit seine Umwelt sich nicht ändert. Solche Belohnungen sind wenig greifbar und kaum so motivierend wie die privaten Wohlstandsgewinne durch ungehemmtes wirtschaftliches Wachstum. Innovatives Lernen geschieht durch konkrete Erfahrung, durch Benutzen, durch Bearbeiten und in sozialer Interaktion. Es setzt Verantwortung voraus, also Spielräume und damit auch die Chance, Fehler zu machen. Die Prozesse des Planens, Bauens und Nutzens müssen so organisiert werden, daß sie Chancen für die Entwicklung solcher Lernmilieus eröffnen; gerade auf der kommunalen Ebene bietet sich die Möglichkeit, die hierfür notwendigen unmittelbaren Vor-Ort-Beziehungen aufzubauen. Erfahrungen aus ökologischen Wohnprojekten zeigen, daß auch Bewohnerinnen und Bewohner, die kein ausgeprägtes Interesse an ökologischen Haustechniken hatten, durch die alltägliche Konfrontation mit ökologischen Maßnahmen und Techniken, Verantwortungsbewußtsein entwickelten und mit den Verhaltensanforderungen umzugehen lernten.⁶ Zumindest die Chancen, Lernprozesse durch ökologische Wohnprojekte zu initiieren, sollten genutzt werden.

⁶ Vgl. Hartwig Heine/Rüdiger Mautz, Ökologisches Wohnen im Widerstreit der Bedürfnisse, Abschlußbericht, Göttingen 1995, S. 124 ff.